

THÜRINGEN UND DIE TSCHECHISCHEN REGIONEN

Christine Lieberknecht, Thür. Ministerin für Bundes und Europaangelegenheiten

I

Für die Möglichkeit, vor Ihnen in der Prager Karls-Universität sprechen zu können, danke ich herzlich. Für mich ist das eine bewegende Stunde. Dafür gibt es Gründe, die mit unserer neu gewonnen Freiheit zu tun haben, und es gibt Gründe, die in der Geschichte unserer Völker und Länder wurzeln.

Gemeinsam haben wir, die Völker Mittel- und Osteuropas den Sozialismus abgestreift. Das Gefühl, Verbündete zu haben, war für meine Landsleute in den neuen Ländern und mich selbst immer wichtig. Der Prager Frühling war auch für uns ein Zeichen der Hoffnung. In den 70er Jahren, als alle Welt vor dem Kommunismus zu kapitulieren schien, war für uns auch die Charta '77 ein Fanal der Freiheit.

Durch das Ende der sozialistischen Dogmen und der absolutistischen Wahrheitsansprüche ist auch die Wissenschaft wieder frei geworden. An dieser Universität und anderswo. Sie kann sich heute wieder uneingeschränkt ihrer eigentlichen Aufgabe zuwenden: Die Wirklichkeit zu erklären und die Wahrheit zu suchen.

Zusammen stehen wir auch vor der Aufgabe, die innere Freiheit zu erlangen, nachdem wir die äußere gewonnen haben. Die Frage wovon wir frei sein wollten, ist leichter zu beantworten als die, wofür wir diese Freiheit jetzt nutzen sollten. Die geistige Leere und die Anfälligkeit für radikale Parolen sind ernste Gefahren.

Politische und geistige Freiheit haben auch Auswirkungen auf den Umgang von Tschechen und Deutschen miteinander. Die Vergangenheit ist viele Jahrzehnte verdrängt oder instrumentalisiert worden. Jetzt ist es Zeit, sie gemeinsam aufzuarbeiten, damit ein neuer Anfang Früchte tragen kann. Völkerverständnis muß sich konkret vollziehen: Der „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“, den wir im Februar dieses Jahres abgeschlossen haben, handelt daher von vielen Möglichkeiten des Austauschs und der Zusammenarbeit.

Unter anderem werden auch die Länder und Regionen ermutigt, zusammenzuarbeiten. Das ist ein wichtiger Schritt in die Zukunft. Ein Europa der Völker, Staaten und Regionen verbürgt Nähe zu den Menschen und ihren Problemen. Es erlaubt die Kooperation auf einer Ebene, auf der die Bürger ihre Identität finden: In der Heimat. Thüringen will dazu seinen Beitrag leisten. Unser Land will helfen, gewachsene Kontakte zu unseren östlichen Nachbarn zu bewahren und vielleicht mit einem neuen Geist zu erfüllen. Wir wollen aber auch neue Beziehungen schaffen, die an die Lichtseite der eigene lieb immer eng verzahnten tschechischen und deutschen Geschichte anknüpfen.

II

Thüringen strebt die regionale Zusammenarbeit in dem Bewußtsein an, daß es über die Jahrhunderte mal breitere mal sporadische Verbindungen zwischen Böhmen, Mähren und Thüringen gegeben hat. Und dabei meine ich nicht nur die Freundschaften, die trotz der sozialistischen Kumpanei der jüngsten Zeitgeschichte gewachsen sind. Einige Beispiele aus dem geistigen Bereich, um den es in diesen Räumen vor allem geht, möchte ich nennen.

In Erfurt wurde 1392 die erste Universität im mitteldeutschen Raum gegründet. Diese Universität konnte auf einem beachtlichen intellektuellen Potential aufbauen. In Erfurt lehrte zum Beispiel der bekannteste Mystiker des hohen Mittelalters, Meister Ekkehard.

Die erste „Wissenschaftlerausstattung“, wenn der saloppe Ausdruck erlaubt ist, aber kam aus Prag: Von der 1348 durch den Luxemburger Karl IV. in Ihrer Stadt gegründeten Universität; der ersten hohen Schule des Heiligen Römischen Reiches nördlich der Alpen, an der Studenten aus dem gesamten ostmitteleuropäischen und deutschen Raum studierten.

In Erfurt studierte ein gutes Jahrhundert später auch Luther. Böhmen und Thüringen sind Kernlande der Reformation. Die hussitische Revolution war für die Kirchenreform wichtig. Hus' Ideen gingen nicht verloren. Martin Luther empfand den Tschechen Hus als Vorbild:

„Ein trefflich großer Geist, der so christlich schritt und lehrt, so ritterlich mit des Todes Anfechtung kämpft, so geduldig und demütig alles leidet und endlich so männlich den schauerlichsten Tod um der Wahrheit willen annimmt, ein guter Märtyrer Christi.“

In der reformatorischen Zeit war unsere jetzige Landesuniversität Jena für viele Studenten aus den böhmischen Ländern akademische Lehrstätte. Die Universitätsmatrikel weist von 1548 bis 1652 immerhin 341 Studierende aus. Vier Böhmerländer waren im gleichen Zeitraum Rektoren der Universität.

In gewissen Grenzen wirkten diese Verbindungen auch in der nachweißbergischen Zeit nach: Im 18. Jh. wurde die böhmisch-mährische Reformationsgeschichte in Jena gepflegt. In der Saalestadt wurden verschiedene Werke von Comenius herausgegeben.

Dazu trug sicherlich auch bei, daß Jena eine wertvolle Handschrift des Husittenkodex aus dem 16. Jhd. bewahrte. Der Kodex hat oft Besucher aus Böhmen nach Jena geführt. 1951 ging er als Staatsgeschenk der DDR an die Tschechoslowakei über.

Die Handschrift hat einen ganz besonders prominenten Kontakt gestiftet: Den zwischen Goethe, einem häufigen Gast Karlsbads, und dem tschechischen Begründer der modernen Slawistik, Josef Dobrovsky.

Dobrovsky arbeitete unter anderem an der „Jenaischen Allgemeinen Literaturzeitung“ mit, die seit 1785 erschien und einen großen Einfluß auf die tschechische Nationalbewegung ausübte. So wurde sie zum Beispiel von Frantisek Palacky seit 1814 regelmäßig gelesen. Goethe hat Dobrovsky zuletzt einen Nekrolog gewidmet.

Auf die Bedeutung Johann-Gottfried Herders für das nationale Erwachen im gesamten mittel- und osteuropäischen Raum muß ich in diesem Rahmen nicht eigens verweisen. Ich möchte aber doch bemerken, daß seine „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ mit dem berühmten Slawenkapitel 1784 in der Stadt der deutschen Klassik, im thüringischen Weimar, erschienen sind. Herder war dort Hofprediger

Und ein letzter Mosaikstein: Die deutsche Originalfassung von Tomas Masaryks unvollendetem zweibändigen Werk „Rußland und Europa“ erschien 1913 bei Eugen Diederichs in Jena. Diederichs, einen der angesehensten Verleger Deutschlands, hatte Masaryk im sächsischen Bad Schandau kennen und schätzen gelernt.

III

Alle diese Kontakte darf man auf der anderen Seite nicht überbewerten. So ist etwa die Bedeutung der Universität Leipzig und Sachsens insgesamt für Böhmen ungleich höher zu veranschlagen. In der „Euregio Egrensis“ beispielsweise hat sich das ja auch erneut gezeigt.

Es kam mir einzig darauf an, einen kleinen Ausschnitt intellektueller Beziehungen zu skizzieren. Es ist eines der Felder, auf dem sich tschechisch-deutsche Beziehungen zukünftig bewähren müssen. Für mich ist es eines der wichtigsten!

Böhmisch-thüringische Kontakte sind dabei nicht nur eine historische Reminiszenz. Die 1816 von Preußen geschlossene Universität Erfurt soll sobald wie möglich wiederbelebt werden. Das ist der klare Wille der Landesregierung und unseres Bundespräsidenten, Richard von Weizsäcker. Erfurt ist als „Europauniversität“ geplant.

Es freut mich, daß die Universität Prag angeboten hat, einen Platz im Gründungssenat einzunehmen. Dieses Angebot zeigt: Wissenschaftlich wächst Europa schon wieder zusammen, alte Traditionen werden ganz unangestrengt neu belebt.

Auch Krakau soll in diesem Gründungssenat mitwirken. Für mich heißt das: Diese Universität muß und wird einen starken mitteleuropäischen Schwerpunkt haben. Er wird uns von vornherein davor bewahren, jetzt vorzugsweise nach dem Westen zu blicken.

Der geschichtliche Rückblick zeigt aber noch ein Zweites: Die Verbindungen, die die böhmischen Länder nach Thüringen unterhalten haben, wurden stets von Tschechen und Deutschen getragen. Dies verweist auf ein historisches Kapitel, dem wir uns erst seit der Wende wieder offen zuwenden können.

Böhmen ist über viele Jahrhunderte ein Zweivölkerland gewesen. Diese alte Einsicht wird heute neu entdeckt. Mitteleuropa ist als bewohnbare Fläche eben nur schwer ohne die Deutschen zu denken. So faßte es ihr Botschafter in Deutschland, Jiri Grusa, auf einer Tagung in Thüringen.

Jan Sokol, bis Juni 1992 stellvertretender Vorsitzender des Föderalparlamentes, hat jüngst dazu aufgerufen, in Böhmen die Vertriebenen nicht als Störenfriede zu betrachten, sondern als Landsleute. Ich bin mir bewußt: Das fällt vielen Tschechen nicht leicht. Angesichts der deutschen Verbrechen, nach Theresienstadt und Lidice verstehe ich das auch. Aber darüber müssen wir hinwegkommen, genauso wie über die Vertreibung.

Vaclav Hável hat auf der Prager Burg im Februar dazu ermahnt, beide Seiten der gemeinsamen Geschichte zu sehen:

„Deutsche, Tschechen und Slowaken versuchen heute nicht nur, unsere Geschichte als solche neu zu betrachten, sondern auch die tausendjährige Geschichte unseres Zusammenlebens in der Mitte Europas. Es ist eine außerordentlich bunte Geschichte, in der die Linie der fruchtbaren Zusammenarbeit und gegenseitigen schöpferischen Beeinflussung und die der Konfrontationen, Konflikte und Kämpfe einander durchdringen. Die zweite Linie hatte sogar im vergangenen und in diesem Jahrhundert- in der Ära des sich steigernden Nationalismus und der nationalen Unduldsamkeit- immer deutlicher das Übergewicht.“

Diese Dinge wirken noch nach. Das hat sich gerade im Umfeld der Vertragsunterzeichnung im Februar und der anschließenden Ratifikationsphase gezeigt. Da waren die vereinzelt schrillen Stimmen aus dem sudetendeutschen Lager auf der einen und der vielzitierte „Motivenbericht“ auf der anderen Seite.

Doch ich bin zuversichtlich: Dabei handelt es sich nicht um Vorboten neuer Konflikte, sondern um das letzte Echo auf die zweite Linie, von der Vaclav Hável gesprochen hat. Es wird jetzt darauf ankommen, die Schattenseiten aufzuarbeiten und die positiven Elemente dem Dunkel historischen Vergessens zu entreißen. Mit den thüringischen Schlaglichtern habe ich das für einen kleinen Ausschnitt versucht.

Es gibt auch bereits Anzeichen für einen guten Anfang. Ferdinand Seibt, Mitglied der gemischten deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission, hat im Sommer dieses Jahres einen ersten Erfahrungsbericht über die Arbeit dieses so wichtigen Gremiums gegeben. Der größte Gewinn ist dabei formaler Natur. Ich darf Seibt zitieren:

„Nach fünf Arbeitssitzungen im halbjährigen Turnus läßt sich als die wichtigste und erfreulichste Feststellung behaupten: Es gibt keine nationalen Fronten im Gespräch.“ Das ist ein unüberhörbares Signal der Hoffnung.

In diesem Geist sollten wir auch die Möglichkeiten nutzen, die der neue Nachbarschaftsvertrag bietet. Für die Länder ist dabei der kulturelle Sektor sicherlich ein wichtiges Feld. Ich begrüße, daß der Vertrag vorsieht, die Germanistik beziehungsweise die Bohemistik und Slowakistik an den jeweiligen Hochschulen auszubauen.

Der Vertrag hat als besonders ehrgeizige Zielmarke auch die Förderung von Schulen mit Unterricht in beiden Sprachen benannt. Dies wäre ein Schritt von großer symbolischer Kraft. Das darf ich gerade hier sagen. 1882 wurde die bis dahin zweisprachige Karlsuniversität in zwei getrennte Institute geteilt. Wenn wir jetzt wieder zweisprachige Lehranstalten anstreben, so ist das für mich auch eine Art Schlußpunkt unter diese Epoche.

IV

Bei dem Versuch, uns der Vergangenheit zu stellen und neue Wege zu gehen, werden wir Erfahrungen machen. Diese Erfahrungen weisen über unsere beiderseitigen Interessen hinaus. Sie können wichtig für ganz Europa sein. Unser Kontinent durchlebt eine Zeit des Umbruchs. Davon ist nicht nur der Osten, sondern auch der Westen unseres Erdteils betroffen. Hável hat das auf der Burg auch Bundeskanzler Kohl gesagt:

„Ihre wirkliche Identität suchen heute vor allem diejenigen, denen sie für lange Jahrzehnte streitig gemacht worden war, nämlich die Bürger und Völker, die bis vor kurzem in Unterdrückung lebten. Doch nicht nur das: zusammen mit ihnen muß sich notwendigerweise auch der demokratische Westen neu profilieren.“

Das Gesicht des Wandels ist in jedem Land anders, auch wenn es Parallelen gibt. Als das Land, durch das die Grenze der beiden Blocksysteme lief, muß sich Deutschland beiden Teilen dieser Aufgabe stellen. Unsere Gesellschaft wird dadurch tief erschüttert. Freiheit äußert sich zu oft als Mißbrauch der Freiheit. Die Ortsnamen Hoyerswerda, Rostock und Sachsenhausen gehen wie Schandmale um die Welt.

Es zeigt sich, daß der „Antifaschismus“ in der DDR mißbraucht worden ist und in Ritualen erstarrt war. Unter diesen Umständen haben sich totalitäre Denkstrukturen erhalten. Zusammen mit sozialer Frustration und ungelösten politischen Fragen, wie etwa dem Asylproblem/ergibt sich ein giftiges Gemisch. Nur geistige Führung wird den totalitären Verführern linker wie rechter Färbung das Wasser abgraben. Hier gibt es in Deutschland Defizite, die wir auffüllen müssen.

Es darf in Europa nicht zu einer akzeptierten Realität werden, daß die bloße Zugehörigkeit zu einem Volk oder die Hautfarbe Anknüpfungspunkte für die Ausgrenzung anderer Menschen werden. Das ist zutiefst inhuman.

Welcher Steigerungsformen diese Fehlentwicklung fähig ist, sehen wir derzeit auf dem Balkan. Völkermord und Vertreibung sind dort zu einem wie selbstverständlich genutzten Mittel serbischer Politik geworden. Das kann die europäische Staatengemeinschaft nicht gutheißen.

Doch auch dabei ist unser Umgang mit der eigenen Vergangenheit gefragt. In der Bundestagsdebatte, die der Ratifikation unseres Nachbarschaftsvertrages vorausging, hat der SPD-Abgeordnete Peter Glotz diesen Punkt offen angesprochen. Als Kind Böhmens, Sohn einer tschechischen Mutter und eines deutschen Vaters, wußte er, wovon er sprach.

Glotz verwahrte sich gegen den Versuch, die Vertreibung der Sudetendeutschen zu legitimieren und fügte hinzu:

„Es geht auch um das Schicksal von Millionen von Menschen in Europa, die heute leben und morgen vertrieben werden könnten. Es geht um die türkische Minderheit in Bulgarien, um die Konflikte um Mazedonien, um die ungarischen Minderheiten in Rumänien, Serbien und der Slowakei. Es geht um die Russen in Lettland oder um die Polen in Litauen. Wenn wir die Vertreibung legalisieren, dann schaffen wir neues millionenfaches Unrecht in Europa, und das dürfen und wollen wir alle miteinander nicht tun.“

Jiri Grusa hat zu diesem ganzen Problemkreis auf der bereits erwähnten Tagung in Thüringen einen wichtigen Beitrag geleistet. Er hat Mittel- und Südosteuropa davor gewarnt, die neue Freiheit zu nutzen, um an Stelle von Demokratien Ethnokratien zu errichten, an die Stelle des Staatsvolkes das Stammvolk zu setzen. Das Proletariat als „ethnos der Arbeit“ ist entmachteter, jetzt geht es, so Grusa, darum einen „ethnos der enttäuschten Marktverehrer“ und eine nationalistische Renaissance zu verhindern.

Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist leicht formuliert aber schwer eingelöst: Es gilt zu verhindern, daß sich die nationale Selbstfindung gegen die zivile, demokratische Gesellschaft vollzieht. Beides muß einander durchdringen. Weder Entnationalisierung, noch Volkstumskampf können die Parolen unserer Zeit sein.

Weil wir - Tschechen und Deutsche - mit dieser Aufgabenstellung unsere leidvollen, aber auch positiven Erfahrungen haben, sollten wir uns mitteilen. Diese Konstellation hat uns immer wieder durchgeschüttelt, aber sie hat die besten Geister auch stets angeregt, Wege aus der Konfrontation zu suchen.

Nirgendwo sonst ist der Umgang mit Nationalitätenkonflikten soweit vorgedacht worden, wie in der Habsburgermonarchie, die in den 80er Jahren nicht umsonst Bezugspunkt nostalgischer Gefühle und ernsthafter Beschäftigung geworden ist. Es hat eben nicht nur ungelöste Sprachenkämpfe, sondern auch einen Mährischen Ausgleich gegeben.

Friedrich Prinz hat in seiner „Geschichte Böhmens. 1848 - 1948“ auf den Gesichtspunkt hingewiesen, „daß gerade in diesem Vielvölkerstaat Formen des Zusammenlebens und der politisch-gesellschaftlichen Integration erprobt, verworfen und neu entwickelt worden sind, deren Modellhaftigkeit für europäische Zusammenschlüsse und regionalistische Konzeptionen klar zutage liegt, auch was die Gefahrenquellen, Fehler und möglichen Gegenkräfte anbelangt, die heute der Zwang zur Integration Europas notwendigerweise mit sich bringt.“

Und allen Zerwürfnissen zum Trotz erscheint gerade Prag - die „goldene Stadt“ Karls IV. in einem „goldenen“, übernationalen Reich - immer noch eher als Stadt des gelungenen Ausgleichs, als eine andere europäische Stadt. Karl Schlägel, einer der deutschen Denker Mitteleuropas, hat 1986 die verschiedenen Kombinationen aufgelistet:

Prag ist die Stadt der „böhmischo-österreichischen (Kombination) unter Przemysl Ottokar II., der böhmisch-brandenburgischen unter dem Luxemburger Karl IV., der ungarisch-böhmischen unter Matthias Corvinus, der polnisch-böhmischen und ungarischen unter den Jagellonen, der österreichisch-böhmisch-ungarischen unter den Habsburgern, (und die) internationale Metropole der Republik Masaryks und Beneschs.“

Vaclav Havel hat mit dem Wunsch nach einem tschechischen EG-Beitritt das Ziel verknüpft, „neue Straßburgs zu schaffen, Stätten, die verbinden, und nicht neue Drähte und Mauern, die trennen.“ Ich kann Ihnen versichern: Prag steht für mich als heimliche Hauptstadt Mitteleuropas dabei an erster Stelle.

Jetzt geht es darum, das größere Europa zu verwirklichen. Mitteleuropa gehört für die Bundesregierung und die CDU Deutschlands ohne Frage dazu. Unsere östlichen Nachbarn sind kulturell und historisch nicht weniger Bestandteil Europas als Deutschland selbst.

An der Frage, wie die EG auf die Beitrittswünsche der ostmitteleuropäischen Staaten reagiert, entscheidet sich für mich ihre Zukunftsfähigkeit. Daran also, ob sich, um die Forderung Hávels zu wiederholen, auch der demokratische Westen neu zu profilieren vermag. Ich will deutlich sagen, daß nach meinem Eindruck längst nicht alle westeuropäischen Partner hinreichend beherzt auf dieses Thema zugehen.

Ich möchte Sie ausdrücklich ermuntern, sich schon jetzt in die Diskussion um die Strukturen des künftigen Europa einzumischen. Ministerpräsident Klaus hat das bereits getan. Er hat sich gegen einzelne interventionistische Praktiken gewandt und Skepsis gegen einige Prinzipien geäußert, auf denen die europäische Integration beruht.

Ich will diese Bedenken überhaupt nicht thematisieren, weil ich schon die Kritik an sich wichtig finde. Zum einen handelt es sich um Fragen, die wir auch im Westen diskutieren, zum anderen sind diese Beiträge nützlich, weil sie unseren westlichen Partnern ganz deutlich zeigen: Die Erweiterung der EG kann nicht so funktionieren, daß Brüssel den Takt vorgibt und die Beitrittskandidaten nur gehorsam mitsingen dürfen.

Das würde den Besonderheiten Mitteleuropas nicht gerecht. Grusa hat diesen Charakter wie folgt gefaßt:

Mitteleuropa ist der „Raum der latinisierten Völker, die über Rom und das Reich erstens Religion, zweitens Städtkultur und drittens Handelsoffenheit bekommen haben. Das geschah auf der slawischen Grundlage mit römischen Priestern, deutschen Lokatoren und jüdischen Handelsleuten. Polnische, böhmische und ungarische Könige haben eine Westpolitik betrieben, die klugen Westler wiederum eine zentraleuropäische.“

„Daraus ist die Buntheit entstanden: sprachlich, soziologisch und kulturell, die seit mehr als zwei Jahrhunderten weniger heterogene Mächte gelockt hatte, uns zu homogenisieren mit dem Erfolg, der die Fragilität und Fragmentarität bestätigte.“

An anderer Stelle hat Grusa Mitteleuropa als „Praktikum der Paradoxie, nie als Anwendung der dialektischen Praxis“ definiert. Das will sagen: „Nicht der zu vernichtende Gegen-Satz, sondern der zu duldende Wider-Spruch“ ist das gültige Prinzip.

Was hat das alles mit der EG zu tun? Ich denke viel: Diese Tradition wird nicht nur einen weiteren geistesgeschichtlichen Grundzug in die EG einführen. Sie wird auch das so oft beschworene Europa der Vielfalt und Subsidiarität gegen einen zentralistischen Grundzug stärken, der eben auch zur europäischen Wirklichkeit gehört.

Der Regionalismus ist ein notwendiges Korrektiv gegenüber den bürokratischen Superstrukturen. Er kann - ich zitiere noch einmal Prinz - „über die Nationalstaaten hinweg Konstruktionsprinzip für eine moderne europäische Geschichte sein“. Rudolf Hilf, einer der besten deutschen Kenner der böhmischen Geschichte und der Nationalitätenkonflikte hat auf den Regionalismus als Instrument der Konfliktentschärfung und Konfliktlösung hingewiesen.

Europa muß ein dreistufiges Gebilde werden, das auf Regionen, Völker und Staaten, sowie supranationale europäische Institutionen aufgebaut ist. Im europäischen Rahmen kann auch die Gefahr, daß der Regionalismus in Separatismus umschlägt, begrenzt werden. Die Frage, zu welchem Staat eine Region gehört, wird mit dem wachsenden Maß an europäischer Gemeinsamkeit an Bedeutung verlieren.

György Konrad hat in seiner „Antipolitik“ vorausgesagt: „Die Mitteleuropäisierung Mitteleuropas wird die Europäisierung Europas beschleunigen.“ Genau das wollen wir. Bei Licht betrachtet ist auch Deutschland mit seinen Ländern und Freistaaten und einem ausgeklügelten föderalen System ein Exot in Europa.

Bundespräsident von Weizsäcker hat es netter ausgedrückt und den Föderalismus als einen charakteristischen Beitrag der Deutschen für Europa bezeichnet, der „unserem nationalen Bewußtsein seine eigene Qualität und Wärme“ gibt. Die Wertung will ich Ihnen nicht aufnötigen, aber das zugrundeliegende Faktum sei benannt.

Wenn wir uns so nachhaltig für einen eigenständigen Beitrag Mitteleuropas in der EG einsetzen, gilt es allerdings ein mögliches Mißverständnis auszuräumen. Es geht uns nicht darum, den Osten aus Frust am Westen als Projektionsfläche unreifer Visionen zu mißbrauchen. Das ist bekanntlich ein wiederkehrendes deutsches Leiden. Dritte Wege führen in die dritte Welt. Da gebe ich Vaclav Klaus völlig recht.

Dazu ist es sicherlich erforderlich, an der Mitte der 80er Jahre in Ihrem und meinem Land geführten Mitteleuropadebatte einige Abstriche zu machen. In Deutschland müßte das eigentlich einfach gehen. Man braucht nur den bedeutendsten deutschen Klassiker zu diesem Thema zu zitieren: Friedrich Naumanns Mitteleuropabuch aus dem Jahre 1916. In den praktischen Kapiteln liest er sich fast wie ein Bericht der EG-Kommission über den richtigen Weg zur Europäischen Union.

Diesen wertvollen Tip verdanke ich Botschafter Grusa. Sie können daran sehen, wie weit in mancher Hinsicht die tschechische und die deutsche Diskussion schon wieder auf ganz natürliche Weise verzahnt ist.

Für meinen Besuch in Prag habe ich verschiedene Kooperationsvorschläge mitgebracht. Ich habe sie in verschiedenen Gesprächen ausgebreitet, andere werden folgen. Ich hoffe, daß sie Früchte tragen werden, weil ich mit Vaclav Hável der Meinung bin, daß vor allem ein Weg die europäische Einigung befördern kann:

„Es ist der Weg der sich immer mehr vertiefenden bürgerlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. Es ist der Weg der umfangreichen regionalen Zusammenarbeit.“

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft I/ 1 1992,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>